



Anne Küppers
Landesvorsitzende

Düsseldorf, den 10. Februar 2011

Mitteilung an die Medien

- RCDS Nordrhein-Westfalen: Streit um Kompensationszahlungen für Studienbeiträge ist peinlich!

1/1

Zum Streit zwischen der rot-grünen Minderheitenregierung und der Linken über die Abschaffung der Studienbeiträge in NRW erklärt die Landesvorsitzende des RCDS Nordrhein-Westfalen, Anne Küppers: *„Richtig ist, 249 Millionen sind langfristig gesehen zu wenig. Leidtragende sind wir Studentinnen und Studenten, wenn genau die Maßnahmen wegfallen werden, die uns Studenten das Studium erleichtern.“* Küppers weiter: *„Aber woher angesichts ohnehin horrender Neuverschuldung die von der LINKEN geforderten 450 Millionen kommen sollen ist schleierhaft. Das zeigt nur, dass der LINKEN jeglicher Bezug zur Realität fehlt!“*

So fordert DIE LINKE Kompensationszahlungen in Höhe von 450 Millionen Euro, wohingegen die Landesregierung nur 249 Millionen Euro vorsieht. Fakt ist, 249 Millionen an Kompensationszahlungen sind nicht ausreichend um den Bedarf der Hochschulen zu decken – gerade angesichts der steigenden Studentenzahlen durch den doppelten Abiturjahrgang und die Aussetzung der Wehrpflicht. Die meisten Hochschulen werden so weniger Geld zur Verfügung haben, als mit Studienbeiträgen. Das bedeutet erhebliche Verschlechterungen in der Lehre und bei den Studienbedingungen. Daher fordert der RCDS Nordrhein-Westfalen flexible Kompensationszahlungen, die der Menge der Studenten angemessen sind.

Gerade in Anbetracht der jüngsten Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs durch einstweilige Anordnung den Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2010 zu untersagen, stellt sich die Frage, ob eine Finanzierung über Schulden überhaupt noch möglich sein wird. Hinzu kommt, dass eine Finanzierung über Schulden schlicht und ergreifend unverantwortlich ist und zu Lasten der zukünftigen Generation geht.

Zudem können höhere Schulden keine Alternative zu dem bewährten Mechanismus der Studienbeiträge sein, die in den letzten fünf Jahren deutlich positive Entwicklungen an den Hochschulen gebracht haben.

Der von der LINKEN unterbreitete Vorschlag mehr Steuerprüfer einzustellen ist nicht zielführend und schlichtweg lächerlich. Der Streit um die Kompensationszahlungen offenbart, wie wenig das „Prestigeprojekt“ der Regierung Kraft durchdacht ist.